

# Stephanus post

Der Stephanuskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Weihnachten 2020

## Vergesst die Verfolgten und Bedrohten nicht Der Kampf um Menschenrechte gelingt nur vollumfänglich

Die Idee des Stephanuskreises ist es von Beginn an, nicht sich selbst in den Vordergrund zu rücken. Wir bieten den Menschen eine Bühne, die sonst nicht gehört werden, wir lassen Menschen ihre Geschichte erzählen. Menschen, die wegen ihrer Religion flüchten müssen, die ein rechtloses Leben führen. Diese Erzählungen leben nicht alleine von den Vorträgen selbst. Oftmals ist es die kaum bemerkbare kurze Pause, wenn ein Gast die Sprache verliert, weil die Erinnerungen zu schwer fallen. Es ist die nachhaltige Empörung, die die Arroganz und der Machtmissbrauch von Despoten auslöst. Und manchmal schockiert nichts mehr als wenn ein Opfer nüchtern schildert, auf welche Art und Weise sie oder er gefoltert wurden. Diese nachhaltigen Momente, die sich im Laufe der Zeit zu einer Überzeugung und zu politischem Handlungsdrang verwandeln, lassen sich nicht digitalisieren. Deshalb sehe ich eine Gefahr: „Es ist nicht der Stephanuskreis an sich, dem im Angesicht der Pandemie ein Bedeutungsverlust droht. Wir arbeiten auch ohne unsere lieb gewonnenen Sitzungen weiter, wenn auch mehr fokussiert auf einzelne Schicksale. Was aber durchaus droht, in dieser nachhaltig andauernden Krise zu verlieren, ist die Sache. Lassen wir es gemeinsam nicht zu, dass die verfolgten und bedrohten Menschen dieser Welt alleine stehen.“

Es war daher perfektes Timing, dass wir in diesem November den zweiten Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit im Plenum debattierten. Ich danke besonders „unserem“ Beauftragten der Bundesregierung, Markus Grübel, für seine Arbeit. Zwei von drei Menschen leben in einem Land, in dem die Religionsfreiheit eingeschränkt ist.

Wir sprechen über existenzielle Verfolgung. In Pakistan droht einem Menschen die Todesstrafe, wechselt sie oder er ihren oder seinen Glauben. In China ist mittlerweile weit mehr als 1 Million Menschen der uighurischen Minderheit „umerzogen“ worden. Sie

kennen die Berichte der Mädchen in Nigeria, die ihren Familien entrissen werden, um sie als „fromme“ Gläubige zu indoktrinieren. Die Welt rückt immer näher zusammen. Was extremistischer Furor anrichten kann, sehen wir nach Jahren des Wütens des IS im Irak und Syrien. Doch sehen wir es nur dort? Nein! Paris, Nizza, Wien und Dresden zeigen uns, dass beispielsweise der Islamismus auch mitten in Europa existiert. Natürlich geht es Extremisten nicht um die Religion. Doch um das zu erkennen, müssen wir uns dem Thema Religions- und Weltanschauungsfreiheit widmen. Und hierfür reicht eine halbstündige Debatte im Deutschen Bundestag nicht aus!



Foto: Tobias Koch

Prof. Dr. Heribert Hirte MdB  
Vorsitzender des Stephanuskreises

Wie wollen wir weltweit für Toleranz, Achtung der Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit streiten, wenn wir uns selbst der Diskussion entziehen? Wie wollen wir Extremisten demaskieren, ihre scheinbar religiöse Motivation doch nur als Hass und Machtfantasien enttarnen? Machen wir uns klar, Menschenrechte wirken interdependent. Dort, wo ein Menschenrecht wie die Religionsfreiheit missachtet wird, dort gelten auch Frauen und Männer kaum als gleichberechtigt, dort darf man die eigene Meinung nicht aussprechen, sich nicht versammeln und vor Gericht angemessen verteidigen. Der Kampf um Menschenrechte gelingt nur vollumfänglich oder eben gar nicht.

Ihr und Euer



# Die Bilanz des Stephanuskreises

## Digitale Hassrede als Herausforderung

### Zitate aus der Plenardebatte zum 2. Religionsfreiheitsbericht der Bundesregierung

Im Bericht wird das gut mit dem Satz zum Ausdruck gebracht: „Religions- und Weltanschauungsfreiheit stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang mit den anderen Menschenrechten.“

**Bärbel Kofler (SPD), Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung**

Zum vollständigen Bild der weltweiten Religionsfreiheit gehört nicht nur die Freiheit, zu glauben – wie, an wen oder an was man möchte –, sondern auch die Freiheit, nicht zu glauben.

**Gyde Jensen (FDP)**

Die Linke begrüßt, dass sich der Bericht auch der Religionsfreiheit in Deutschland widmet. Das hatten wir in der letzten Debatte auch angemahnt. Wir stellen fest: Gerade in den Zeiten der Pandemie werden antisemitische und islamfeindliche Verschwörungsmymen verbreitet.

**Christine Buchholtz (Dielinke)**

Ich glaube, dass unser Wort noch mehr Gewicht hat, wenn wir nicht vorrangig oder sogar nur für bedrohte Christinnen und Christen streiten, sondern für das Prinzip „Religionsfreiheit für alle“.

**Kai Gehring (Bündnis90/DieGrünen)**

Ich habe noch eine Bitte: Beim nächsten Bericht würde ich mir wünschen, dass im Thementeil die Rolle der Frauen in der Religion eine größere Rolle spielt. Denn eines wissen wir: Entwicklung zum Positiven ist immer nur über die Frauen möglich.

**Volker Kauder (CDU/CSU)**

Dazu möchte ich sagen: Sich anständig zu verhalten, ist ein guter Ratschlag, der sich an alle Menschen in diesem Land richtet. Die Religionsfreiheit ist genauso ein Recht, das allen Menschen in diesem Land zusteht.

**Lars Castellucci (SPD)**

Ich kann abschließend nur noch mal sagen: Ich bin der tiefsten Überzeugung: Religionsfreiheit ist das Kernelement und das zentrale Menschenrecht. Ist die Religionsfreiheit in Gefahr, sind die Menschenrechte in Gefahr. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Sebastian Brehm (CDU/CSU)**

Das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit wird weltweit zunehmend eingeschränkt und infrage gestellt. Eine Entwicklung, die die Mitglieder des Stephanuskreises durch ihre Sitzungen bereits spüren konnten, nun gibt es auch den Beleg in Form eines Berichts der Bundesregierung. Aus dem zweiten Bericht zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit geht hervor, dass Einschränkungen verschiedener Art in den letzten Jahren deutlich zunehmen: Zwar sind Christen als größte Glaubensgemeinschaft weltweit besonders betroffen. Aber auch Angehörige anderer Religionen und Weltanschauungen litten unter Diskriminierung und Verfolgung.

Der Bericht reagiert auch auf die Anmerkungen unserer Fraktion zum ersten Bericht der Bundesregierung und wurde um konkrete Länderkapitel ergänzt, an denen die drei abstrakten Entwicklungen auch mit konkreten Beispielen und Zuständen beschrieben werden. Darüber hinaus konzentriert sich der Bericht auf drei Themenfelder, in denen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit derzeit grenzübergreifend gefährdet ist:

- **Blasphemie- und Anti-Konversionsgesetze**
- **Digitale Kommunikation**
- **Staatliche Bildung**

Mit Blick auf die Ergebnisse äußerte sich Heribert Hirte als Vorsitzender des Stephanuskreises speziell zu dem Thema „Hassrede“ im digitalen Raum. Digitale Kommunikation prägt unsere Gegenwart. Sie hat einen Effekt auf die Freiheitsrechte – im Guten wie im Schlechten. Der Religionsfreiheitsbericht zeigt Herausforderungen und Potenziale gleichermaßen auf. Hirte merkt daher an, dass zukünftige Beobachter insbesondere den Trend

zur „Messengerisierung“ beachten müssen. Eine Entwicklung, die weltweit zu beobachten ist. Desinformation, Agitation und Hassrede finden vermehrt in geschlossenen Räumen statt, aktuell besonders bei der Applikation Telegram zu beobachten.

Hirte lobt, dass der Bericht auch selbstkritisch die Entwicklungen aufzeigt, die zu dem antisemitischen Attentat von Halle führten. Hirte bilanziert: „Der Bericht beschreibt gleichzeitig Licht wie Schatten. Er zeigt auch schmerzhaft auf, welche Herausforderungen für eine wertegeleitete europäische Außenpolitik vor uns liegen. Alleine die strukturelle Missachtung der Menschenrechte in China wird eine Herkulesaufgabe für die internationale Staatengemeinschaft. Der Bericht der Bundesregierung ist ein wesentlicher Beitrag dazu, ein solches Fehlverhalten zu benennen und sich selbst zum politischen Handeln zu verpflichten.“

\*\*\*\*\*

### Inhaltsverzeichnis

<b>Der Stephanuskreis</b> Der Vorsitzende informiert	1
<b>Schwerpunkt Religionsfreiheitsbericht</b> Digitale Hassrede als Herausforderung	2
<b>Interview</b> Markus Grübel MdB	3
<b>Gastbeitrag</b> Volker Kauder MdB	5
<b>Stephanuskreis intern</b>	6
<b>Gastbeitrag</b> Exposure & Dialogprogramm in Kenia	8
<b>Tipps &amp; Termine</b>	9

# „Von harten Sanktionen halte ich nichts“

## Menschenrechte als Mittelpunkt wirtschaftlicher Kooperation

**Lieber Herr Grübel, der Religionsfreiheitsbericht wurde von vielen Medien als Warnsignal bezeichnet. Wollten Sie „Ihren“ Bericht so verstanden wissen?**

Der Bericht zeigt, dass das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit zunehmend unter Druck gerät. Gläubige und nicht-Gläubige Menschen weltweit leiden unter Diskriminierung, Verfolgung und Gewalt – bis hin zum Tod. Denken Sie an die Situation religiöser Minderheiten – besonders der Christen und der Jesiden – im Irak. Mir ist es ein Anliegen, dass der Religionsfreiheitsbericht auf die Situation dieser Menschen aufmerksam macht und uns hilft, Bündnisse für den gemeinsamen Einsatz zur Stärkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu schließen. Gleichmaßen soll der Bericht alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft, die international tätig sind, in ihrer Arbeit unterstützen. Er kann ihnen eine Basis bieten, um die Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit im Rahmen der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern zu thematisieren und sich für die Rechte gläubiger und nichtgläubiger Menschen einzusetzen.

**Neben drei sektoralen Querschnittsthemen betrachtet der Bericht die Situation in konkreten Ländern. Zwingt eine solche konkrete Länderbetrachtung die Bundesregierung nicht auch, direkte Folgen für ihre Außenpolitik aus dem Bericht abzuleiten? Die „Sorgenkinder“ sind altbekannt.**

Die Bundesregierung thematisiert Einschränkungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in den spezifischen Ländern in bi- und multilateralen Dialogformaten. Das gilt insbesondere dann, wenn Personen aufgrund ihres Glaubens oder nicht-Glaubens Diskriminierung oder Gewalt erleben oder sogar vom Tod bedroht sind. Gleichzeitig setzen wir



Foto: Tobias Koch

**Markus Grübel MdB**

Der Beauftragte der Bundesregierung für die weltweite Religionsfreiheit

mit entwicklungspolitischen Programmen auf kommunaler Ebene dort an, wo das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit gefährdet ist.

Mir ist außerdem wichtig, dass Personen, die in Wirtschaft und Politik tätig sind, die Länderkapitel aus dem Bericht dazu nutzen, um Politikerinnen und Politiker sowie Wirtschaftspartnerinnen und -partner immer wieder an die hohe Bedeutung der Einhaltung der Menschenrechte zu erinnern. Die Einhaltung der Menschenrechte muss im Mittelpunkt wirtschaftlicher Kooperationen stehen. Dazu soll auch der Religionsfreiheitsbericht einen Beitrag leisten. Von harten Sanktionen gegenüber Staaten, die die Religions- und Weltanschauungsfreiheit verletzen, halte ich persönlich wenig.

**Teil Ihrer Aufgabe als Beauftragter der Bundesregierung sind viele diplomatische Reisen. Wie wird Ihre Rolle als Beauftragter für die weltweite Religionsfreiheit international angenommen? Kritiker sagen, mit Ihrem Amt schweben anderen Ländern gegenüber immer ein latenter Vorwurf mit.**

Die Schaffung meines Amtes ist international sehr positiv wahrgenommen worden. Wenn man mit anderen Ländern die Lage der Reli-

gions- und Weltanschauungsfreiheit diskutiert, ist es meiner Meinung nach sehr wichtig, wie man dies tut. Es muss ein Austausch auf Augenhöhe frei von Vorwürfen und Vorurteilen sein. Um Religions- und Weltanschauungsfreiheit weltweit glaubwürdig fördern zu können, sind meines Erachtens vor allem zwei Dinge notwendig: erstens muss aus den unterschiedlichen Weltregionen und in den jeweiligen Ländern eine Vielzahl verschiedener Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft einbezogen werden, um gemeinsam Strategien zur Stärkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu entwickeln. Zweitens ist es für eine glaubwürdige Förderung der weltweiten Religions- und Weltanschauungsfreiheit notwendig, dass wir in Deutschland auch den Blick auf die Lage im Inland richten.

**Der Bericht legt einen Schwerpunkt auf die Blasphemie- und Konversionsregeln in vielen Ländern. Nun wurden auch in Deutschland Stimmen laut, die die Abschaffung des § 166 StGB fordern. Würde ein solcher Schritt die Glaubwürdigkeit Deutschlands international stärken?**

Grundsätzlich halte ich Blasphemiegesetze für falsch. Menschenrechtswidrige Blasphemiegesetze

werden häufig unter dem Vorwand des Schutzes der Religions- und Weltanschauungsfreiheit dazu missbraucht, die Menschenrechte einzuschränken – auch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit selbst. Ich kann aber gut verstehen, dass Menschen sich durch die Beleidigung ihrer Religion verletzt fühlen. Doch die Religions- und Weltanschauungsfreiheit schützt den Menschen als Individuum und nicht die Religion an sich. Jeder Glaube oder Nicht-Glaube und jede Meinung darf kritisiert werden. Dies ist von der Meinungsfreiheit gedeckt. Die Menschenrechte auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Meinungsfreiheit stehen im Einklang miteinander und dürfen niemals gegeneinander ausgespielt werden. Den deutschen § 166 StGB halte ich für unproblematisch, weil es sich hier nicht um einen menschenrechtswidrigen Blasphemieparagrafen handelt. § 166 StGB verbietet Blasphemie nicht per se, sondern bestraft die Beschimpfung religiöser oder weltanschaulicher Bekenntnisse anderer nur, wenn diese Beschimpfungen geeignet wären, den öffentlichen Frieden zu stören.

**Das Thema „Hassrede“ ist ein sehr modernes, welchem sich der Bericht anhand konkreter Beispiele annähert. Ist es aber theoretisch überhaupt möglich, eine solche Untersuchung bspw. sauber von sexistischen, rassistischen oder autoritären Motivlagen zu trennen?**

Die Religions- und Weltanschauungsfreiheit gerät auch online zunehmend unter Druck. Dabei überlappt sich religions- und gruppenbezogene Online-Hassrede tatsächlich häufig mit anderen Faktoren. Dies zeigt sich auch im Bericht. Beispielsweise thematisiert der Bericht Online-Hassrede im Blasphemiefall der Christin Asia Bibi. Hier sind die Themen Blasphemiegesetzgebung, die Diskriminierung beziehungsweise der Schutz religiöser Minderheiten und die Rechtsstaatlichkeit in Pakistan betroffen. Ein anderes Fallbeispiel ist der religiös motivierte Sexismus in Saudi-Arabien. Hier vermengen sich die Themen Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Frau-

enrechte. In der Tat sind Frauen und Mädchen oft doppelter Diskriminierung ausgesetzt. Daher ist es entscheidend, dass wir stärker in den Blick nehmen, wenn Menschen aufgrund ihres Glaubens oder Nicht-Glaubens Hass und Hetze erfahren und die Betroffenen in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen. Denn wenn wir das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit schützen, stärken wir gleichzeitig auch die anderen Menschenrechte und ebenso weitere Faktoren, wie die Rechtsstaatlichkeit in Pakistan im obigen Beispiel.

**Sie verweisen in dem Bericht auf die wichtige Bedeutung, wie Religionen und Weltanschauungen in Schulbüchern dargestellt werden. Nach welchen Kriterien kann man die Qualität von Schulbüchern im Hinblick auf die Religions- und Weltanschauungsfreiheit prüfen?**

Einerseits hat es zwar sehr erfolgreiche bilaterale Schulbuchkonsultationen gegeben, beispielsweise mit Frankreich oder Polen für Geschichtsbücher. Staatliche Akteure haben hier mit Schulbuchautorinnen und -autoren sowie Verlagen kooperiert. Andererseits gibt es bis heute leider keine grundsätzliche Kooperationsstruktur zur Verbesserung der Qualität von Schulbüchern.

Wenn Schulbücher individuell untersucht werden, können jedoch verschiedene Kriterien zugrunde gelegt werden: Gibt es in Schulbüchern beispielsweise falsche oder herabwürdigende Darstellungen religiöser oder nicht-religiöser Gruppen? Werden bestimmte Themen verschwiegen oder ausgelassen, um religiöse oder nicht-religiöse Gruppen falsch darzustellen? Wie werden religiöse Minderheiten in Schulbüchern dargestellt und sind sie in Lehrmaterialien ausreichend repräsentiert? Wie werden Konflikte dargestellt?

**Nach dem Bericht ist vor dem Bericht. Können Sie uns schon verraten, ob sich aus der Kritik oder dem Lob schon Änderungen oder Ergänzungen für einen dritten Bericht ergeben haben?**

Ich freue mich sehr über die vielen positiven Rückmeldungen, die



Der Religionsfreiheitsbericht ist ein gemeinsamer Erfolg des Stephanuskreises und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ich von deutschen und europäischen Kolleginnen und Kollegen erhalten habe. Diese Rückmeldungen zeigen mir: Es ist wichtig und richtig, dass die Bundesregierung zur Situation der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in einzelnen Ländern anhand eines systematischen Ansatzes berichtet. Gleichmaßen ist es wichtig, dass die Bundesregierung ausgewählte Themen, in denen die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in besonderem Maße eingeschränkt ist, gesondert in den Blick nimmt. Daher müssen wir auch im kommenden Bericht diesen doppelten Ansatz bestehend aus Ländern und spezifischen Themen fortführen. Entscheidend ist dabei, dass wir das gesellschaftliche Potential der Religionen für das friedliche Zusammenleben der Menschen und die nachhaltige Entwicklung fest im Blick behalten. Ich rate dazu, die Stärkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit in einem kommenden Bericht noch stärker in den Kontext der nachhaltigen Entwicklung einzubetten. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bietet ein breites und vernetztes Rahmenwerk, das hilft, entwicklungs- und außenpolitische Maßnahmen zur Stärkung der Religions- und Weltanschauungsfreiheit sehr passgenau zu konzipieren.

# Das hohe C

## Der Mensch im Mittelpunkt unserer Politik

Zielrichtung und Zentrum von Politik muss der Mensch sein: Das Individuum, mit all seiner Größe, aber auch seiner Brüchigkeit, ausgestattet mit unantastbarer Würde und zur Freiheit berufen. Als gläubiger Christ war und ist das christliche Bild vom Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes Richtschnur für mein politisches Handeln. Für mich ergibt sich aus diesem Blick auf den Menschen eine politische Maxime, die liberale, soziale und konservative

Elemente zusammendenkt. In meinem Buch „Das hohe C“ plädiere ich für eine Politik, der das christliche Menschenbild zugrunde liegt, die statt Ausgrenzung und Klientelismus Beziehung, Zusammenhalt und Integration im Sinn hat. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierungen und der Erstarkung spalteri-

Foto: Thomas Trutschel - Phototeck



**Volker MdB**

Sein Buch, „Das hohe C“, ist erst kürzlich erschienen und gibt einen Einblick in die Überzeugungen Kauders, die ihn jahrzehntelange in der Politik Rückhalt wie Antrieb waren.

cher Ideologien sind all jene Stimmen, die die Einzigartigkeit jedes Individuums wertschätzen und diese Vielfalt zu einem freiheitlichen, lebensbejahenden und fürsorglichen Konsens bringen wollen, ungleich mehr gefordert, sich öffentlich klar zu positionieren. Mein Buch deutet das „C“ im Parteinamen der Christ-

demokraten in Bezug auf seine Relevanz und als Orientierungsangebot auch für säkulare und pluralistische Gesellschaft aus und zeigt, welche Defizite entstehen, wenn die menschliche Person in ihrer Ganzheit und mit ihren Grenzfragen von politischen und gesellschaftlichen Akteuren nicht gesehen wird. Hierzu müssen wir uns als „C“-Partei konsequent öffentlich bekennen, damit nicht andere Deutungshoheit gewinnen. Ich bin davon überzeugt,

dass eine Politik auf Grundlage des christlichen Menschenbildes zukunftsfähig und notwendig ist, um den bestehenden und kommenden Herausforderungen weltweit konstruktiv zu begegnen und dem Menschen in seiner Würde zu dienen.

# Wenn das Kreuz missbraucht wird

## Christen in Zeiten von Querdenkern

Das Kreuz geht viral – doch nicht wie wir uns es wünschen. Ein Bild prägte die Berichte über die Querdenker-Demonstrationen im November ganz besonders: Eine junge Frau hält Polizisten ein großes Kreuz mit einem Kruzifix entgegen. In der Gedankenwelt der jungen Frau heißt es offensichtlich: „In diesem Zeichen wirst du siegen.“ Das fügt sich in ein Bild, das man von manchen Christen gewinnen muss, die sich an Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen beteiligen: Im scheinbaren Namen des christlichen Glaubens treten sie gegen eine als diktatorisch verunglimpfte Staatsmacht an, sie scheuen dabei nicht den Schulterschluss mit Extremisten. Das alles geschieht, während Ärztinnen und Pfleger auf den Intensivstationen an ihre Grenzen stoßen und unser Staat mit allen Mitteln um die Gefährdetsten der Gesellschaft kämpft, von den weltweiten Folgen der Pandemie und dem Anstieg extremer Armut ganz zu

schweigen. Es macht fassungslos.

Man findet diese Verächter der Demokratie nicht mehr nur vor dem Reichstag, sondern einige sitzen in bürgerlichem Gewand auch darin. Es muss uns Sorge bereiten, wenn unter dem Zeichen des Kreuzes das Virus geleugnet wird, das weltweit bereits mehr als eineinhalb Millionen Tote gefordert hat. Bewusst verantwortungsloses Handeln gegen jede Vernunft und breite wissenschaftliche Erkenntnisse ist vieles, aber sicher nicht Gottes Werk auf Erden.

Als politische Vertretung in Berlin fungieren wir als Scharnier. Wir tragen zum einen unsere Anliegen in den Bundestag. Ebenso erklären wir aber die politischen Vorgänge unseren Mitgliedern – auch denen, die lange für Parteien nicht mehr erreichbar sind, bei denen es droht, sie für den demokratischen Prozess zu verlieren.

Hierbei brauchen wir ein gutes Miteinander zwischen Kirchen und

Politik, um unsere Botschaft zu senden: Kämpfen wir als Christen nicht mit dem Kreuz gegen einen Staat, der seinem Verfassungsauftrag nachkommt, Menschenleben zu schützen und bestmöglich für unsere gesundheitliche Unversehrtheit zu sorgen. Sondern kämpfen wir mit Argumenten für bestmögliche Problemlösungen im Sinn einer repräsentativen Verfassung. Als Christen haben wir in unserem Staat die Freiheit dazu.

So gilt es also den richtigen Kampf kämpfen: Wem das Kreuz etwas bedeutet, der missbrauche es nicht und verbrüdere sich nicht mit Extremisten. Denn am Ende ist es noch immer so gewesen: Sie spannen dich vor den Karren, verhöhnen dann die Christen und verspotten das Kreuz unseres Herrn Jesus Christus.



**Uwe Heimowski**  
Politischer Beauftragter  
der Evangelischen  
Allianz

## Veranstaltungen & Vorträge

### Sitzungen des Stephanuskreises

#### Januar 2020: Integration aus der Sicht eines Konvertiten

In der ersten Sitzung des Stephanuskreises im Jahr 2020 erzählte Yassir Eric von seinem unglaublichen Lebensweg: Geboren im Nordsudan wurde er islamistisch erzogen, sein Leben war erfüllt von ideologischer Verblendung und Hass. Doch Eric löste sich aus dieser Indoktrinierung, konvertierte zum Christentum, flüchtete nach Deutschland und hat hier eine neue Heimat gefunden. Heute arbeitet der studierte Theologe (M.A.) als Institutsleiter und versucht, als Redner ein Gefühl davon zu vermitteln, wie ein kritischer Diskurs zwischen unterschiedlichen Kulturen helfen kann, Menschen in Deutschland zu integrieren.

#### Februar 2020: Konversion im Asylverfahren

Anlässlich eines Fachgesprächs der Konrad-Adenauer-Stiftung sprach Heribert Hirte über das schwierige Thema Konversion im Asylprozess. Nach einleitenden Worten von Hermann Gröhe, der in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Kontakt zu den Religionsgemeinschaften zuständig ist, beriet Hirte im Rahmen der Veranstaltung gemeinsam mit dem Verwaltungsrichter Benjamin Karras, dem Beauftragten der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Bundesregierung und der Europäischen Union, Martin Dutzmann, sowie mit Kerstin Dusch, u.a. zuständig für das Thema Aufenthalts- und Flüchtlingspolitik beim Kommissariat der Deutschen Bischöfe in Berlin, an welchen Stellen es mehr Wissen, andere Strukturen und Empathie für diese komplexe Fragestellung braucht.

#### Mai 2020: Attacke auf die Menschenrechte im Iran

Die Exil-Iranische Gemeinde Nordrhein-Westfalen organisierte ein Webinar zum Thema „Iran in der Corona-Krise. Das Mullah-Regime versagt“. Während der andauernden Corona-Pandemie hat der Iran sein repressives Vorgehen gegen Oppositionelle oder Minderheiten extrem verschärft. Deswegen sprach Hirte für den Stephanuskreis in diesem Jahr in zahlreichen Gesprächen mit exil-iranischen Gruppen. Er betonte in diesem Zusammenhang auch das Verbot der Hisbollah als ein Zeichen der Solidarität an die iranische Bevölkerung.

#### Juli 2020: Der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit bleibt erhalten

In einer fraktionsübergreifenden Initiative forderten 135 Abgeordnete des Deutschen Bundestages eine Fortsetzung der Arbeit des EU-Sonderbeauftragten für Religionsfreiheit. „Als Vorreiter für universelle Menschenrechte, für die sich die Europäische Union global einsetzt, darf die Kommission bei Fragen der Religionsfreiheit nicht wegsehen“, betonen die Parlamentarier der CDU/CSU-, SPD- und FDP-Fraktion. Die Unterzeichner forderten die Bundesregierung auf, sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die Fortführung der Position einzusetzen. Diese Position hatte die Kommission von der Leyen in Frage gestellt. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker

hatte das Amt im Mai 2016 geschaffen. Mit dem Ende der letzten Kommission lief auch das Mandat des bisherigen Sonderbeauftragten, dem Slowaken Jan Figel, aus.

Auf Druck aus Deutschland und anderen Mitgliedsländern hin konnte der Posten erhalten bleiben, allerdings ist die Position des Sonderbeauftragten bis heute vakant. Wichtig wird nun sein, das Amt auch mit mehr Mitteln auszustatten als es in der Vergan-



Der gemeinsame Einsatz hat sich dem Anschein nach gelohnt: Der Posten des EU-Sonderbeauftragten soll erhalten bleiben.

genheit der Fall war. Und auch die Persönlichkeit des oder der Sonderbeauftragten spielt auf diplomatischem Parkett eine große Rolle: „Ad hoc würde mir Heiner Bielefeldt als bestgeeigneter Kandidat einfallen“, sagte Hirte nach Bekanntwerden der Entscheidung. Bielefeldt hat den Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg inne. Besondere Erfahrung sammelte er zwischen 2010 und 2016 als Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats.

## September 2020: „Alleine werden wir es nicht schaffen!“

Der libanesische, katholische Bischof César Essayan sprach im Stephanuskreis von der tiefen Krise seines Landes. Ein Novum: Nach sechs Jahren als Stephanuskreis-Vorsitzender begrüßte Hirte einen internationalen Gast erstmals per Video-Schalte live aus Beirut. Doch Bischof César Essayan, der katholischen Ordensgemeinschaft der Minoriten angehörig und seit vier Jahren Apostolischer Vikar von Beirut, brauchte gar nicht physisch in Berlin anwesend zu sein – seine Schilderungen über die Krise im Libanon gingen den Bundestagsabgeordneten auch so nahe. „Alleine werden wir es nicht schaffen“, brachte Essayan es schließlich auf den Punkt, nachdem er beschrieben hatte, wie ausgewachsen die wirtschaftliche Krise und wie tief das Misstrauen zwischen den vielen Glaubensgemeinschaften sei. Der Libanon gehört weltweit zu den am stärksten verschuldeten Staaten. Die Arbeitslosigkeit liegt Schätzungen zufolge bei über 30 Prozent. Die Menschen gingen zwar schon vor der verheerenden Explosion im Hafen vor wenigen Wochen wütend auf die Straßen, aber an sich seien sie es gewohnt, der politischen Führung zu folgen. All dies baue auf einem gesellschaftlichen System auf, das im Sumpf der Korruption zu versinken drohe. „Fast niemand ist unschuldig, wenn es um Korruption in diesem Land geht“, sagte Essayan. Auch und besonders die Situation der Christen im Land werde immer bedrohlicher, ihre Zahl nehme rapide ab, berichtete der Bischof. Denn obwohl die katholische Kirche eine Reihe an hoch angesehenen Schulen im Land führe, könne ein zunehmender Teil der Schüler die Schulgebühren nicht mehr zahlen. Dabei gehörten sie, ebenso wie die Krankenhäuser und weitere kulturelle Einrichtungen in Trägerschaft



Gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus möchte der Stephanuskreis weiter dafür kämpfen, dass auch auf europäischer Ebene die Themen Religionsfreiheit und die Verfolgung von Menschen aufgrund von (anti-)religiösen Merkmalen intensiver beachtet werden.

der katholischen Kirche, zu den wenigen Orten, wo nicht aufgrund des Glaubens diskriminiert werde, so Essayan.

## Oktober 2020: Austausch mit Ralph Brinkhaus

Zu einem gemeinsamen Arbeitsfrühstück hatte der Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, eingeladen. Schnell zeigte die Diskussion, dass die Themen Christenverfolgung, Verfolgung von Menschen aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses und das Menschenrecht Religionsfreiheit oft existenziell sind.

Zahlreiche Wortbeiträge stellten heraus, dem „C“ verpflichtet gelte der Einsatz für die Religionsfreiheit für die Rechte aller Menschen. Auch aufgrund dieses universellen Ansatzes wurde Kritik laut, dass es mehr Anstrengungen und überhaupt ein Bewusstsein in der Europäischen Kommission für dieses Thema brauche. Diesem Ziel möchte man sich in der Zukunft noch stärker widmen.

## November/Dezember 2020: Konflikt in der Region Bergkarabach

Im Anschluss an die Gespräche mit dem Fraktionsvorsitzenden Brinkhaus äußerte der Stephanuskreis seine Sorge darüber, dass in der Grenzregion zwischen Armenien und Aserbaidschan Kirchen und Kathedralen gezielt unter Beschuss genommen wurden. Heribert Hirte forderte alle Konfliktparteien, die Regionalmächte Türkei und Russland eingeschlossen, eindringlich auf, jede Attacke gegen religiöse Stätten unverzüglich einzustellen.

Nach den Friedensabkommen zwischen den Ländern gibt Armenien nun drei Distrikte in der Region Bergkarabach an Aserbaidschan ab. Die Sicherheit der Menschen dort, der Erhalt von armenisch-christlicher Kultur und die Vorbeugung gegen die Zuwanderung terroristischer Extremisten müssen nun Ziel der Vereinten Nationen werden. Dies teilte Hirte stellvertretend für den Stephanuskreis der zuständigen Staatsministerin Michelle Müntefering in einem Brief mit.

# In Kenia sprechen die Religionen über Frieden

## Wie Frauen den interreligiösen Dialog vorantreiben

**Ein Gastbeitrag von Tim Kuschnerus, Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE). Zusammen mit Heribert Hirte nahm Kuschnerus im Februar 2020 am „Exposure und Dialogprogramm“ in Kenia teil. Seine Erfahrungen hat er uns aufgeschrieben.**

Zusammen mit zwei Mitgliedern des Deutschen Bundestages, Heribert Hirte (CDU) und Karl-Heinz Brunner (SPD) bin ich auf „Exposure“ an der kenianischen Küste. Wir sind Teil einer insgesamt 19-köpfigen Delegation, der unter anderem vier Parlamentarier und ein Erzbischof angehören. Organisiert wurde diese Dialog- und Lernreise zum Thema „Religionen als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung?“ im Februar 2020 von dem Verein Exposure und Dialogprogramme in Kooperation mit dem katholischen Personaldienst AGIAMONDO.

Die Küste Kenias ist eine in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vernachlässigte Region. Die zumeist kleinbäuerliche Landwirtschaft ist wenig produktiv und wird durch den Klimawandel belastet. Die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch. Als Folge der Intervention des kenianischen Militärs in Somalia im Jahr 2011 gibt es immer wieder bewaffnete Überfälle und Entführungen, arbeitslose Jugendliche werden von Al-shabab als Kämpfer rekrutiert. Vor diesem Hintergrund ist ein Ziel der Arbeit von Coast Interfaith Council of Clerics Trust (CICC,) die ökonomische Marginalisierung zu mindern und die Ernährungssicherheit zu stärken durch „faith-centered environment stewardship“. Hier, wie auch bei dem Ziel eine harmonische und friedliche Koexistenz in und zwischen den Gemeinden zu stärken, sind interreligiöser Dialog und glau-

bensbasierte Ansätze von zentraler Bedeutung.

Besonders Frauen übernehmen die Rolle von Multiplikatoren, die lokale Projekte organisieren und den interreligiösen Dialog antreiben. Auch ethnische Konflikte werden von den Multiplikatoren thematisiert. Dass CICC dabei gro-

Fehlverhalten ansprechen. Es gibt Zusammenarbeit und Austausch mit anderen Nichtregierungsorganisationen. Auch internationale Geldgeber oder die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sind auf die Arbeit von CICC aufmerksam geworden. Zur nationalen und internationalen



Heribert Hirte und Tim Kuschnerus nach dem Treffen mit den Bahari Women, allesamt Multiplikatoren im Netzwerk des CICC in Kilifi.

ße Erfolge erzielt hat, liegt an dem über Jahre hinweg auf lokaler und regionaler Ebene gewachsenen Netz von Geistlichen und ungezählten Ehrenamtlichen. Vertrauen konnte auf- und Vorurteile konnten abgebaut werden. Andererseits liegt die Stärke von CICC in der praktischen Zusammenarbeit in sozialen und Entwicklungsprojekten. In landwirtschaftlichen Projekten werden Bauern bei der Anpassung an den Klimawandel oder bei der Vermarktung ihrer Erzeugnisse unterstützt. Frauen werden gezielt gefördert. Nachbarschaftsgruppen werden begleitet. Für arbeitslose Jugendliche werden Programme angebo-

CICC ist in Kontakt mit lokalen Polizei- und Sicherheitskräften und kann, wenn es sein muss,

Vernetzung unterhält CICC ein Büro in der Hauptstadt Nairobi.

Gerade in einem Landesteil, in dem staatliche Infrastruktur schwach oder kaum vorhanden ist, wurden mit der Autorität von Geistlichen aller lokalen Religionen zivilgesellschaftliche Strukturen gestärkt. Extremistische Gewalt konnte zwar nicht vollständig verhindert, aber doch stark eingedämmt werden. Und über diese Infrastruktur konnten und können Entwicklungsprogramme besonders wirksam und nachhaltig umgesetzt werden. Zur Zeit unseres Besuchs hatte Covid-19 die Region erkennbar noch nicht erreicht. Auch während der Pandemie bewies sich das Netz der Multiplikatoren als stark, die gewachsenen Strukturen von CICC spielen bei der Bekämpfung des Coronavirus eine zentrale Rolle.

## Aktuelle Studien zur Religionsfreiheit und Situation von Christen

### Jahresbericht Weltkirche

Der Jahresbericht Weltkirche 2019, der einen Überblick über das weltkirchliche Engagement der katholischen Hilfswerke, Missionsorden und Bistümer gibt, liegt vor. Er wird von der Konferenz Weltkirche herausgegeben, in der die Träger weltkirchlicher Arbeit der katholischen Kirche in Deutschland versammelt sind. Der Jahresbericht gibt einen guten Überblick über die Schwerpunkte, die die Weltkirche auch in den Bereichen Religionsfreiheit legt. [Den Jahresbericht können Sie online hier als PDF nachlesen.](#)

### „Religion matters“

Die Hanns-Seidel-Stiftung sammelt in einer Interviewreihe bedeutende Führungspersönlichkeiten der Weltreligionen, die ihren Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Weltlagen teilen. Welche Antworten bietet der Glaube in schwierigen Zeiten? Im Interview mit hohen Religionsvertretern fragt die bayerische Stiftung, wie die verschiedenen Religionen und Konfessionen mit den Problemen der Gegenwart umgehen und was wir voneinander lernen können. [Den ersten Teil der Interviewreihe finden Sie hier.](#)

### Toleranz der Religionen in Deutschland

Religion spielt für viele Menschen in Deutschland weiterhin eine wichtige Rolle - trotz einer zunehmenden Zahl an Konfessionslosen. Aber wie ähnlich sind sich Muslime und Christen eigentlich? Und worin unterscheiden sie sich in ihren Einstellungen? Die repräsentative Erhebung vergleicht Katholiken, Protestanten, Orthodoxe und

Muslime bei religiösen Fragen miteinander und kommt zu dem Schluss: Muslime und Christen, insbesondere Katholiken, haben viele Ähnlichkeiten. [Lesen Sie mehr Zahlen, Fakten und Hintergründe der KAS hier.](#)

### Update des Pew Research Centers

Die weltweit wohl wichtigste Studie zu dem Thema Religionsfreiheit und Einschränkungen von Menschenrechten in diesem Bereich erstellt das US-Institut Pew Reserach. Mit einem umfangreichen Zahlenwerk gibt das Forschungsinstitut seit November nun einen Überblick über die Situation weltweit für das Jahr 2018. Als Referenzjahr dient das Jahr 2008, um alle weltweiten Entwicklungen und detaillierte Länderstudien quantitativ aufzuarbeiten. [Hier finden Sie alle Studien des Pew Research Centers in diesem Bereich.](#)

### Corona und die Glaubenspraxis

Religiöse Zusammenkünfte sind in Zeiten der Coronakrise eine ernsthafte Gefahr - nicht aufgrund ihrer Intention, sondern schlicht durch die mögliche Enge der Veranstaltungsräume, das dichte Gedränge der Teilnehmer und durch Gesang verstreuten Aerosole. Viele Staaten und Religionsgemeinschaften haben öffentliche religiöse Praktiken daher eingeschränkt oder untersagt. Für Regime, die sich zur Herrschaftssicherung religiöser Bezüge bedienen, sind solche Beschränkungen oft ein grundsätzliches Problem. Hier zeigt sich die Virulenz der Vereinnahmung von Religion durch Politik. [Hier finden Sie den Beitrag in Gänze.](#)

Folgen Sie dem Vorsitzenden des Stephanuskreises auf [Twitter!](#)

@HHirte schreibt dort regelmäßig zu den Hashtags #Stephanuskreis und #Religionsfreiheit.



### Sie haben Interesse an den Veranstaltungen des Stephanuskreises?

Dann melden Sie sich formlos an bei dem zuständigen Mitarbeiter des Vorsitzenden, Herrn Christian Bradler, unter:

[heribert.hirte.ma02@bundestag.de](mailto:heribert.hirte.ma02@bundestag.de)  
oder 030 227 77832

### Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Stephanuskreis,  
Prof. Dr. Heribert Hirte MdB  
Mitarbeit: Christian Bradler  
T 030.227-7 78 32  
F 030.227-7 68 30  
[heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.